

Kommunalwahl 2020 in NRW

Positionen der Wirtschaft

Düsseldorf wählt seine Zukunft

Am 13. September 2020 wählen die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer ihren Stadtrat und die Oberbürgermeisterin bzw. den Oberbürgermeister. Die IHK Düsseldorf formuliert in diesem Papier schon vorab Handlungsempfehlungen für die Arbeit von Politik und Verwaltung in der kommenden Legislaturperiode.

Das Corona-Virus hat im Vorfeld der Kommunalwahl 2020 seine Spuren in Gesellschaft und Wirtschaft hinterlassen. So brachen bei vielen Unternehmen die Umsätze ein oder gar vollständig weg. Bundes-, Landes- und vielerorts die Kommunalpolitik haben Hilfsprogramme für die Wirtschaft aufgesetzt und diese dadurch wesentlich unterstützt. Die Kommunen werden ebenfalls durch wegbrechende Steuereinnahmen und zusätzliche Aufgaben für den Arbeitsmarkt und Sozialbereich belastet. Umso wichtiger ist es nun, dass Stadtspitze, Lokalpolitik und Verwaltung auch nach der Krise wirtschaftsfreundlich agieren, Innovationen fördern und den Standort zukunftsfähig gestalten, damit Wirtschaftswachstum wieder ermöglicht und nicht durch (zu hohe) Gewerbesteuern belastet wird.

Wie dies geschehen kann, hat die IHK in ihren Handlungsempfehlungen formuliert, die auf Grundlage einer digitalen Unternehmensbefragung und bereits existierender IHK-Positionen basieren. Daran beteiligt haben sich alle interessierten Unternehmerinnen und Unternehmer, ausschussübergreifend die IHK-Fachausschüsse sowie die IHK-Vollversammlung.

Was zu tun ist

Erreichbarkeit für alle sicherstellen

Die Erreichbarkeit Düsseldorfs mit allen Verkehrsmitteln des Güter- und Personenverkehrs sicherzustellen, ist lebenswichtig für die Unternehmen in der Stadt. Sie sind auf die Versorgung mit und den Abtransport von Gütern ebenso angewiesen wie auf die Erreichbarkeit für Kunden und Mitarbeiter. Wie wichtig die Wahlmöglichkeit zwischen unterschiedlichen Verkehrsmitteln und die Option motorisierter Individualverkehr sind, zeigt die Corona-Krise mehr denn je. Die künftige Verkehrspolitik ist daher besonders wichtig: Sie darf nicht einseitig diskutiert werden, sondern muss viele Aspekte berücksichtigen. Ziel muss es sein, den Verkehrsfluss insgesamt zu verbessern. Die Wirtschaft regt daher an, das Verkehrssystem effizienter zu gestalten, Emissionen zu verringern und Fahrverbote weiterhin zu vermeiden. Dafür muss die Politik:

- den öffentlichen Personennahverkehr unter Berücksichtigung des motorisierten Individualverkehrs stärken,
- den Hauptbahnhof als multimodalen Knotenpunkt nutzerfreundlich gestalten,
- Testfelder zur Erprobung innovativer Verkehrskonzepte, z.B. einen Shuttle im Medienhafen oder eine Cargotram, einrichten,
- Mobilstationen, Park&Ride sowie Bike&Ride ausbauen – das aber kann, ebenso wie Verkehrsplanung generell, nur in Kooperation mit den Nachbarkommunen gelingen,

- das Fahrradfahren durch Fahrradstraßen in einem geschlossenen Radwegenetz parallel zu den Hauptverkehrsstraßen und Radschnellwege fördern,
- die Umweltschäden mindestens so lange aussetzen, bis adäquate Alternativen durch ÖPNV und Umstiegsmöglichkeiten existieren,
- die bestehende Infrastruktur mit besonderem Fokus auf die Brücken in einem guten Zustand erhalten und
- den Bau einer neuen Rheinbrücke für den Schwer- und den Schienenverkehr sowie für den ÖPNV zwischen den Hafenstandorten Neuss und Düsseldorf initiieren.

Wirtschaftsinteressen als Teil der ganzheitlichen Stadtentwicklung betrachten

Düsseldorf ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Damit einher gehen aber auch Herausforderungen: Die Einwohnerzahl wächst, der Bedarf an Gewerbe- und Wohnflächen ist hoch und die Verkehrsinfrastruktur ist häufig überlastet. Aus Sicht der Wirtschaft muss die Politik in der nächsten Legislaturperiode:

- das integrierte Stadtentwicklungskonzept „Raumwerk D“ – trotz der coronabedingten Verzögerungen – fortführen. Wirtschaftsbelange wie Innenstadt, Flächen und Verkehr gehören dabei stärker in den Fokus als in den bisher präsentierten Raumbildern. Die Wirtschaft erwartet daher, dass daraus nun konkrete Maßnahmen abgeleitet werden;
- die Entwicklung einzelner Quartiere gezielt vorantreiben, beispielsweise in der Innenstadt, dem Medienhafen oder in den Stadtteilen und deren Versorgungszentren;
- eine zielgerichtete Hochhausentwicklung forcieren, um der Flächenknappheit zu begegnen und neue Gewerbe-, Büro- und Wohnflächen zu schaffen;
- ein attraktives und bezahlbares Wohnraumangebot schaffen, um auch künftig gut ausgebildete Fachkräfte und Auszubildende für den Standort zu gewinnen. Dafür bedarf es:
 - des Engagements der Kommune beim Kauf und bei der Entwicklung von Wohnbauflächen, um Wohnungsbau zeitnah zu realisieren und langjährige Brachflächen – wie im Glasmacherviertel – zu vermeiden,
 - des zielgerichteten Ausbaus von Wohnraum-Angeboten für Auszubildende auf kommunalen Wohnbauflächen,
 - der Unterstützung von Unternehmen, die Wohnraum für Mitarbeiter auf städtischen Grundstücken schaffen wollen, z.B. in Form von Genossenschaftsmodellen,
 - einer interkommunalen Abstimmung in der Region bei der Ausweisung und Realisierung von Wohnflächen, um Düsseldorf zu entlasten.

Innenstadtentwicklung weiter vorantreiben

Damit die City weiterhin attraktiv bleibt, ist an der Optimierung ihrer Aufenthaltsqualität, der Erreichbarkeit für Menschen und Waren sowie den Rahmenbedingungen für Handel, Gastronomie und Dienstleistungsbetrieben zu arbeiten. Aus Sicht der Wirtschaft ist insbesondere die Idee des Rheinboulevards vom Wehrhahn über die Schadowstraße, die Königsallee und die Altstadt bis zum Rhein zu realisieren. Auch innovative Citylogistik-Konzepte in Kooperation von Stadt, Handel und Logistik, z.B. eine Cargo-Tram oder Mikro-Depots, sind dringend notwendig; ebenso die Schaffung weiterer öffentlicher Verweilflächen mit hoher Aufenthaltsqualität, wie es gerade am Kö-Bogen 2 passiert.

Gewerbe- und Industriestandortsicherung

Gewerbe- und Industrieflächen in ausreichender Größe und Qualität sind in Düsseldorf knapp; langfristig fehlen rund 146 Hektar. Da auf vielen ehemaligen Gewerbe- und Industriestandorten derzeit Wohnflächen entwickelt werden, müssen vorhandene Gewerbe- und Industrieflächen gesichert werden. Dies bietet Industriebetrieben nach der Coronakrise Planungs- und Standortsicherheit. Aus Sicht der Wirtschaft soll die Politik:

- das Konzept für Gewerbe- und Industriekernzonen des Masterplans Industrie konsequent bei Planungen berücksichtigen,

- vorausschauende Bauleitplanung betreiben, um frühzeitig Nutzungskonflikte zu erkennen und sie im Sinne wirtschaftsfreundlicher Kompromisslösungen zu vermeiden,
- Gewerbeflächenvorratspolitik in großem Stil betreiben,
- mehrgeschossige Nutzungen in Gewerbe- und Industriegebieten forcieren, damit Unternehmen knappe Flächen effizient und flexibel nutzen können,
- am Ball bleiben, um die Gewerbe- und Industriegebiete flächendeckend mit digitaler Infrastruktur zu erschließen,
- bei der Flächenentwicklung und -vermarktung mit den Nachbarkommunen zusammenarbeiten sowie
- mit dem Rheinischen Revier kooperieren, um den eigenen Flächenengpass zu kompensieren.

Klimaanpassung wirtschaftsfreundlich gestalten

Bereits in den Jahren 2016/17 hat Düsseldorf ein Klimaschutzkonzept nebst Handlungskonzept 2025 erarbeitet. Mitte 2019 hat der Stadtrat den „Klima-Notstand“ ausgerufen und die Verwaltung hat Ende letzten Jahres ein Konzept zur Klimaneutralität für das Jahr 2035 vorgelegt. Verfolgt werden dabei einzelne Reduktionsziele in den Sektoren „private Haushalte“, „Handel, Dienstleistungen, Industrie und Gewerbe“, „Verkehr“ sowie „städtische Einrichtungen“.

Die Wirtschaft unterstützt ausdrücklich und grundsätzlich das städtische Ziel der Klimaneutralität. Sie bezweifelt, dass dies über die Splittung in einzelne Sektorenziele effizient erreichbar ist und fordert daher:

- ökonomische Aspekte stärker zu berücksichtigen und die Reduktion von Treibhausgasen an den jeweils kostengünstigsten Stellen vorzunehmen,
- auch bei einer Verkehrswende die Erreichbarkeit der Stadt für Arbeitnehmer, Besucher, Kunden und Lieferanten mit allen Verkehrsträgern auch künftig zu gewährleisten und
- die Umsetzung der Klimaneutralität in den städtischen Einrichtungen aus eigener Kraft zu stemmen, um bei der Erreichung des ambitionierten Ziels der Klimaneutralität im Jahr 2035 mit gutem Beispiel voranzugehen.

Internationalen Wirtschaftsstandort stärken

Düsseldorf ist einer der wichtigsten internationalen Wirtschaftsstandorte Deutschlands und der Hotspot für ausländische Investitionen in Nordrhein-Westfalen. Die starken internationalen Verbindungen und Verflechtungen der Düsseldorfer Unternehmen sind ein Erfolgsfaktor für die Prosperität der heimischen Wirtschaft. Die hervorragende Standortqualität für die international agierende Wirtschaft muss weiter ausgebaut werden durch:

- die Stärkung des Messestandorts, der durch die Krise elementar getroffen ist,
- die Erweiterung der Betriebsgenehmigung des Düsseldorfer Flughafens und
- den Ausbau von Unterstützungsangeboten für internationale Investoren und Expats.

Verwaltung digitalisieren

Digitale Services der Stadt sind für Unternehmen von großer Bedeutung, denn Behördengänge kosten Zeit und Ressourcen. Entsprechende Angebote tragen zu schnelleren und unbürokratischen Genehmigungsverfahren bei. Eine konsequente Umsetzung der Vorgaben des Onlinezugangsgesetzes ist dabei unerlässlich. Darüber hinaus bietet die Idee einer Smart-City erhebliches Potenzial für Stadtentwicklung, Verkehr und Digitalisierung des Standorts. Die Wirtschaft sieht hier noch Handlungsbedarf, auch bei bereits begonnenen Prozessen. Insbesondere folgende Verfahren sollten gemeinsam mit Land und Bund digitalisiert oder – wenn bereits geschehen – technisch optimiert und breit beworben werden.

- Baugenehmigungsverfahren,
- Gewerbean- und -abmeldungen,
- Kfz-Zulassungen.

Weltoffen und mutig sein: Olympische Spiele 2032 in Düsseldorf und der Region

Großereignisse mit internationaler Strahlkraft können das Image Düsseldorfs und der Region steigern. Die Landeshauptstadt sollte bei der Bewerbung um die olympischen Spiele eine Führungsrolle anstreben, denn vorhandene Sportstätten wie die Arena und der Dome oder gut nutzbare Flächen wie die Rheinwiesen bieten sich für die Wettbewerbe hervorragend an. Die für die Spiele notwendigen öffentlichen Investitionen, beispielsweise in die Infrastruktur, dürften private Investitionen nach sich ziehen und entsprechende gesamtwirtschaftliche Effekte auslösen. Wenn überdies das Olympische Dorf in Düsseldorf gebaut werden würde, könnten die Gebäude nach den Olympischen Spielen als Wohnraum genutzt werden, denn der Bedarf ist da. Die Wirtschaft fordert den neuen Rat daher auf, das Thema gemeinsam mit der Düsseldorfer Wirtschaft und den Nachbarkommunen voranzutreiben.

Zuerst die Wahl, dann die Umsetzung

Die IHK wird die genannten Positionen in die politische Diskussion im Vorfeld der Kommunalwahl einbringen und mit den Oberbürgermeisterkandidatinnen und -kandidaten diskutieren. Sie wird nach der Wahl darauf drängen, dass die Handlungsansätze umgesetzt werden. Dafür wird die IHK mit Politik, Verwaltung und der Wirtschaft kooperieren, um die positive Standortentwicklung zu forcieren, damit Düsseldorf auch künftig ein hochattraktiver Unternehmensstandort bleibt.

Ansprechpartner:

Gregor Berghausen
Marion Hörsken

☎ 0211 3557-200
☎ 0211 3557-265

@ berghausen@duesseldorf.ihk.de
@ hoersken@duesseldorf.ihk.de